

NOMOSLEHRBUCH

Satzger

Internationales und Europäisches Strafrecht

Strafanwendungsrecht | Europäisches Straf- und
Strafverfahrensrecht | Völkerstrafrecht

10. Auflage



Nomos

NOMOSLEHRBUCH

Prof. Dr. Helmut Satzger
Ludwig-Maximilians-Universität München

Internationales und Europäisches Strafrecht

Strafanwendungsrecht | Europäisches Straf- und
Strafverfahrensrecht | Völkerstrafrecht

10. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7315-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-1323-8 (ePDF)

10. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 10. Auflage

Das Strafrecht, eine im Ursprung nationale Materie, hat diese Fesseln längst gesprengt: Straftaten, die allein innerhalb eines Staates begangen werden, an denen nur Staatsangehörige dieses Staates beteiligt sind und auf die nur rein nationales Recht anwendbar ist, sind mittlerweile eher die Ausnahme als die Regel. Die Befassung mit dem „Straf- und Strafprozessrecht“ ist daher nicht mehr seriös möglich, wenn man nicht den internationalen und europäischen Kontext mit in Betracht zieht. Ganz zu Recht hat sich das „Internationale und Europäische Strafrecht“ daher in Forschung und Lehre als eigenständiges und ernst zu nehmendes Fach etabliert.

So wird heute kaum bestritten, dass dem Terrorismus, dem Menschenhandel, der Cyberkriminalität und anderen gravierenden Kriminalitätsformen über nationale Grenzen hinweg auch mit strafrechtlichen Mitteln Einhalt geboten werden muss. Um schwerste völkerrechtliche Verbrechen mit den Mitteln des Strafrechts zu sanktionieren, sind in den vergangenen Jahrzehnten internationale Strafgerichte gegründet worden, allen voran der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag. Geradlinig und unumkehrbar ist diese Entwicklung jedoch keinesfalls. Auch in jüngster Zeit pochen Staaten wieder zunehmend auf ihre nationale Souveränität. Dies gilt sogar für die Europäische Union. Augenfälligster Ausdruck ist der sog. „Brexit“, der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 31. Januar 2020. Dies ist allerdings nur die Spitze des Eisbergs: In osteuropäischen Staaten, wie v.a. in Polen und Ungarn, sind EU-kritisch, ja sogar EU-feindlich agierende Regierungen an der Macht, die offene Widersprüche zur EU, zu EU-Recht sowie zu den Urteilen des EuGH nicht scheuen.

Im völkerstrafrechtlichen Kontext ist die ursprünglich recht erfolgreiche Entwicklung der vergangenen Jahre ebenfalls nicht ungetrübt: Auch hier wird zunehmend – und nicht ohne Grund – von einer veritablen „Krise“ gesprochen. Gerade durch die notwendige Selektion der dem Internationalen Strafgerichtshof unterbreiteten Situationen fühlen sich insbesondere viele afrikanische Staaten diskriminiert. Der Gerichtshof ist deshalb zunehmend bemüht, auch Situationen jenseits des afrikanischen Kontinents in den Blick zu nehmen.

Bereits diese wenigen Bemerkungen zeigen allerdings, dass viele Faktoren, die größtenteils gar nicht so sehr rechtlicher Art sind, das moderne Rechtsgebiet „Internationales und Europäisches Strafrecht“ beeinflussen und prägen und dies letztlich der Grund dafür ist, warum es sich um ein so lebendiges und spannendes Fach handelt.

Das könnte zumindest *ein* Grund dafür sein, dass diesem von mir vor bereits 18 Jahren erstmalig publizierten, in mittlerweile zehn Auflagen immer wieder stark überarbeiteten und aktualisierten Lehrbuch ein konstanter Erfolg beschieden ist. Dass mich dies sehr freut und auch ein bisschen mit Stolz erfüllt, kann ich nicht verhehlen – meinen Leserinnen und Lesern, die diesen Erfolg erst ermöglicht haben, sage ich aufrichtigen Dank!

Wieder haben sich an vielen Stellen der Voraufgabe Aktualisierungen und Ergänzungen als notwendig bzw. sinnvoll erwiesen:

So war in den Teilen zum Europäischen Strafrecht auszuführen, dass die neu geschaffene Europäische Staatsanwaltschaft mit der Rumänin *Laura Codruta Kövesi* als erster Europäischen Generalstaatsanwältin an der Spitze zum 1. Juni 2021 ihre Tätigkeit aufgenommen hat, wodurch ein neues Kapitel in der europäischen Strafverfolgung auf-

geschlagen wurde. Daneben spielt weiterhin das Thema Grundrechtsschutz im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit eine überragende Rolle.

Soweit das Kapitel zur EMRK betroffen ist, lässt sich die nach wie vor aktuelle Rechtsprechung zu agent-provocateur-Fällen im Kontext des Art. 6 EMRK hervorheben, die – auch wenn sich eine Annäherung zeigt – nach wie vor strenger als die der deutschen Gerichte (BGH, BVerfG) ist.

Im Kapitel zum Völkerstrafrecht verdiente nicht nur eine Personalie, die Wahl von *Karim Khan* zum neuen Chefankläger beim IStGH, Erwähnung. Ebenso neu ist die Situation Afghanistan, insbesondere die Ausweitung der Ermittlungen bzgl. der Ereignisse am Kabuler Flughafen im Sommer des letzten Jahres. Zudem ist – gerade aus deutscher Sicht – die stetige Zunahme von deutschen Strafverfahren auf Grundlage des VStGB beachtlich, geht es hier doch maßgeblich um die Strafbarkeit von IS-Rückkehrern. Die ausführliche Übersicht der vor dem IStGH anhängigen Situationen und Fälle wurde ergänzt und aktualisiert.

Um eine effektive und erfolgreiche Arbeit mit dem Lehrbuch zu gewährleisten, soll den Lesern ein schneller und unkomplizierter Zugang zu den jeweils einschlägigen Rechtsakten, zu Gerichtsentscheidungen und zu sonstigen wichtigen Dokumenten ermöglicht werden. Wie aus den früheren Auflagen bereits bekannt, existiert daher begleitend zum Lehrbuch eine regelmäßige aktualisierte Internetseite. Die Internetadresse lautet:

<http://www.lehrbuch-satzger.de>

Der Anspruch, die kaum mehr überschaubare in- wie ausländische Literatur auch nur annähernd auszuwerten, musste sinnvollerweise auch in dieser Auflage dem Bestreben weichen, dem Leser ein übersichtliches und verständliches Werk an die Hand zu geben. Ich bitte deshalb um Verständnis, wenn aus didaktischen Gründen eine nur begrenzte Auswahl von Veröffentlichungen Eingang in die Fußnoten und in die spezielleren Literaturnachweise zu den einzelnen Paragraphen gefunden hat.

Ein pünktliches Erscheinen der Neuauflage zum Sommersemester 2022 war nur dadurch möglich, dass meine Münchener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Bewältigung dieser Aufgabe unheimlich fleißig, konzentriert und intensiv als Team zusammengearbeitet haben. Besondere Hervorhebung verdient dabei Herr *Patrick Joseph Siegle, Maître en Droit, LL.M.*, der neben maßgeblichen Arbeiten am Völkerstrafrechtsteil stets den Überblick über das gesamte Lehrbuch behielt und dem auch die Gesamtreaktion oblag. Dafür schulde ich ihm großen Dank. Ebenfalls danken möchte ich meinen Mitarbeitern *Jana Wolf, Patrick Born* und *Nadim Sarfraz* für ihre maßgeblichen Beiträge zur Erstellung der Neuauflage. Für unverzichtbare Mithilfe sage ich darüber hinaus den weiteren Mitgliedern meines Teams ganz herzlich Dank, namentlich meinen wissenschaftlichen Mitarbeitern Frau *Dorothea Hirt*, Frau *Sophie Kargruber*, Herrn *Justus Kriegsch*, Frau *Julia Mayer* und Herrn *Nicolai von Maltitz, LL.M.* sowie meinen studentischen Hilfskräften Herrn *Henry Copland-Cale*, Herrn *Adrian Oberoi*, Frau *Anna Pfister*, Herrn *Noah Räderer*, Frau *Elisabeth Tschärke* und Frau *Melanie Vachal*. Ein herzlicher Dank geht auch an meine kompetente und allzeit gut gelaunte Sekretärin Frau *Dóra Wagner*, die auch in Zeiten von Home-Office und Corona den Lehrstuhl am Laufen hält.

Last but not least möchte ich mich an dieser Stelle nochmals bei denjenigen bedanken, die dieses Buch (teils in einer Voraufgabe) durch Übersetzung einem weiteren Leserkreis zugänglich gemacht (und mir durch Rück- und Verständnisfragen Anlass für so man-

che zusätzliche Überlegung gegeben) haben. Zu nennen ist Herr Prof. Dr. *Shih-Fan Wang* (National Taipei University, Taiwan), der nicht nur für die Übersetzungen ins traditionelle Chinesisch verantwortlich zeichnet (Erstauflage 2014, Zweitaufgabe 2019, Angle Verlag, Taiwan), sondern auch die 2017 in der Volksrepublik China (Peking University Press) erschienene vereinfacht-chinesische Fassung ermöglicht hat. Ebenso gebührt der von Herrn Prof. *Katsuyoshi Kato* (Senshu University Tokyo, Japan) geleiteten Forschergruppe mein herzlicher Dank für die Publikation der japanischen Übersetzung.

Das Buch befindet sich auf dem Stand Januar 2022.

München, im Februar 2022

Prof. Dr. Helmut Satzger

Vorwort zur 1. Auflage

Die Schlagworte der „Internationalisierung“ und der „Europäisierung“ stehen in fast allen Rechtsgebieten mittlerweile im Zentrum des Interesses. Sachverhalte weisen heute regelmäßig nicht nur innerstaatliche Bezüge auf, die entscheidenden Rechtsgrundlagen und Instanzen sind immer seltener rein national. Eine ganz besondere Dynamik hat diese Entwicklung in der jüngsten Zeit – wenn auch nicht immer bemerkt – im Strafrecht entfaltet. Das Recht der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union wirkt in erheblichem und stetig zunehmendem Maße auf die Anwendung des innerstaatlichen Strafrechts ein, die Kriminalitätsbekämpfung ist nicht erst seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu einem wichtigen Ziel der – nunmehr bis zur russischen Westgrenze reichenden – EU geworden. Das Völkerstrafrecht hat seit dem Ende des Kalten Krieges eine Entwicklung genommen, die als „Quantensprung“ bezeichnet werden kann und die eine moderne und effektive internationale Strafgerichtsbarkeit, letztlich sogar die Gründung eines ständigen Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag ermöglicht hat.

Das vorliegende Lehrbuch will diesen Neuerungen, die bislang nur wenig Eingang in die juristische Ausbildung – und noch weniger in die gängige Ausbildungsliteratur – gefunden haben, Rechnung tragen. Dabei erhebt es nicht den Anspruch, sämtliche damit angesprochenen Aspekte gleichermaßen vollständig und tiefgehend zu behandeln – ein solches Ziel wäre für ein Werk dieses Umfangs auch nicht realistisch. Vielmehr geht es um eine vertiefte Einführung in die wichtigsten strafrechtlichen Teilgebiete, die von diesen Internationalisierungs- bzw. Europäisierungstendenzen betroffen sind. Der Inhalt umfasst deshalb sowohl das Europäische Strafrecht, das Völkerstrafrecht wie auch das – oftmals als Internationales Strafrecht bezeichnete – Strafanwendungsrecht. Ganz bewusst trägt die Darstellungsweise in den einzelnen Teilen der sehr unterschiedlichen Struktur der drei Rechtsbereiche Rechnung und versucht dabei, dem Leser die europa- bzw. völkerrechtlichen Hintergründe, soweit sie für das Verständnis der strafrechtlichen Zusammenhänge erforderlich sind, mit an die Hand zu geben. Das Fundstellen- und Linkverzeichnis im Anhang soll dem Leser dabei den schnellen Zugriff auf wichtige Rechtsgrundlagen und Dokumente ermöglichen.

Damit steht erstmals ein Lehrbuch zur Verfügung, das nicht nur der Einbeziehung va der europäischen Bezüge der Kernfächer in den Pflichtkanon des Ersten Juristischen Staatsexamens Rechnung trägt, sondern das vor allem im Rahmen der neuen Schwerpunkttausbildung ein kompaktes Lehr- und Lernmittel sein will, soweit die Juristischen Fakultäten hier die europäischen und internationalen Bezüge des Strafrechts zu eigenständigen Inhalten erhoben haben. In gleichem Maße wendet sich das Buch aber an alle interessierten Juristen, die sich auf überschaubarem Raum über die – auch für die tägliche Arbeit zunehmend an Bedeutung gewinnenden – europäischen und internationalen Aspekte des Strafrechts informieren wollen.

Bei der naturgemäß längerfristigen Vorbereitung des Buches konnte ich auf die tatkräftige Unterstützung meiner Lehrstuhlmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zählen. Besonders hervorzuheben ist dabei der herausragende Einsatz meines wiss. Mitarbeiters und Doktoranden im Bereich des Völkerstrafrechts, Herrn *Laurent Lafleur*, der mir auf seinem „Spezialgebiet“ stets mit Rat und Tat zur Seite stand. Großen Dank schulde ich daneben aber auch meinen weiteren wissenschaftlichen Mitarbeitern, Herrn *Christian Hanft*, Herrn *Dr. Kai Höltkemeier* und Herrn *Erwin Krapf*, meinen studentischen

Hilfskräften, Frau *Saskia Bauer*, Frau *Elke Lutz*, Herrn *Thomas Putschbach* und Herrn *Frank Zimmermann*, meinem ehemaligen Mitarbeiter Herrn *Florian Melloh*, LL.M., sowie – last but not least – meiner Sekretärin Frau *Inge Rystau*.

Augsburg, im September 2004

Prof. Dr. Helmut Satzger

Inhalt

Vorwort zur 10. Auflage 5

Vorwort zur 1. Auflage 8

Abkürzungsverzeichnis 23

A. EINFÜHRUNG

§ 1 Das Strafrecht im internationalen Kontext 31

§ 2 Begriffsvielfalt im Hinblick auf das „Internationale Strafrecht“ 32

I. Übersicht 32

II. Völkerstrafrecht 32

III. Supranationales, insbesondere Europäisches Straf(prozess)recht 32

IV. Strafanwendungsrecht 33

V. Rechtshilferecht 34

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 35

B. INTERNATIONALES STRAFRECHT ALS „STRAFANWENDUNGSRECHT“

§ 3 Funktionen eines Strafanwendungsrechts 36

I. Strafberechtigung 36

II. Anwendbares Strafrecht 36

III. Gefahr mehrfacher Strafverfolgung 39

IV. Verhältnis des Strafanwendungsrechts zum Schutzbereich einzelner Tatbestände 40

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 41

§ 4 Anknüpfungsmodelle 42

I. Kompetenz-Kompetenz der Staaten 42

II. Anerkannte Prinzipien 43

 1. Übersicht über die völkerrechtlich akzeptierten Anknüpfungspunkte 43

 2. Territorialitätsprinzip 45

 3. Aktives Personalitätsprinzip 46

 4. Schutzprinzip 46

 a) Staatsschutzprinzip 47

 b) Individualschutzprinzip (passives Personalitätsprinzip) 47

 5. Weltrechtsprinzip 48

 6. Prinzip der stellvertretenden Strafrechtspflege 49

 7. Kompetenzverteilungsprinzip 50

 8. Unionsschutzprinzip (früher Gemeinschaftsschutzprinzip) 50

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 50

§ 5	Das Strafanwendungsrecht des StGB	51
I.	Entstehungsgeschichte	51
II.	Leitende Grundprinzipien der §§ 3 ff. StGB	51
III.	Dogmatische Einordnung der §§ 3 ff. StGB	53
IV.	„Tat“ und „Täter“ iSd §§ 3 ff. StGB	54
1.	Tatbegriff	54
2.	Täterbegriff	55
V.	Anwendung deutschen Strafrechts auf Inlandstaten	55
1.	§ 3 StGB (Territorialitätsprinzip)	56
a)	Tatortbegriff des § 9 StGB	56
aa)	Probleme bei der Bestimmung des Handlungsorts	60
(1)	Handlungsort bei Mittäterschaft und mittelbarer Täterschaft	60
(2)	Handlungsort bei Handlungseinheiten (mehraktige Delikte, Dauerdelikte, fortgesetzte Handlung)	61
(3)	Handlungsort bei gewerbs-, geschäfts- oder gewohnheitsmäßig begangener Tat (Sammelstraftat)	62
bb)	Probleme bei der Bestimmung des Erfolgsorts	63
(1)	„Zum Tatbestand gehörender Erfolg“ bei Gefährungsdelikten	63
(2)	Objektive Strafbarkeitsbedingung als „zum Tatbestand gehörender Erfolg“	66
(3)	Transitdelikte	68
cc)	Problem: Tatort bei der Teilnahme	68
dd)	Problem: Tatort Internet	72
b)	Inlandsbegriff	78
aa)	Staats- und völkerrechtlicher Inlandsbegriff	78
bb)	Faktischer Inlandsbegriff für das geteilte Deutschland	78
cc)	Rückkehr zum staats- und völkerrechtlichen Inlandsbegriff	79
dd)	Staats- und völkerrechtliche Begrenzung des Inlands	79
c)	Unanwendbarkeit deutschen Strafrechts auf Exterritoriale?	79
2.	§ 4 StGB (Flaggenprinzip)	80
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	82
VI.	Anwendung deutschen Strafrechts auf Auslandstaten	82
1.	§ 5 StGB	82
a)	Grundgedanke	82
b)	Realisierte Anknüpfungspunkte	82
c)	Prozessuale Flankierung	84
d)	Anwendungsbeispiele und Problemfälle	84
aa)	Der Täterbegriff in § 5 StGB	84
bb)	Erfasste Delikte und Systematik des § 5 Nr. 12 StGB	85
2.	§ 6 StGB (Weltrechtsprinzip)	86
3.	§ 7 StGB (aktives und passives Personalitätsprinzip, stellvertretende Strafrechtspflege)	89
a)	Verwirklichte Prinzipien	90
b)	„Deutscher“ bzw. „Ausländer“ als Täter und Opfer	90
aa)	Staatsrechtlicher Inländerbegriff	91
bb)	Deutscher als Opfer (§ 7 I StGB)	91
cc)	Deutscher als Täter (§ 7 II Nr. 1 StGB)	92

dd)	Ausländer als Täter (§ 7 II Nr. 2 StGB)	93
ee)	Problem der stellvertretenden Strafrechtspflege bei Teilnehmern	94
c)	Die Tatortstrafbarkeit	94
aa)	Bedrohung der Tat mit Strafe am Tatort	95
bb)	Rechtfertigungs-, Entschuldigungs- und sonstige materiellrechtliche „Straffreistellungsgründe“ des Tatortrechts	96
cc)	Verfahrenshindernisse des Tatortrechts	98
dd)	Faktische Nichtverfolgung	99
d)	Prozessuale Flankierung	99
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	99
§ 6	Schutzbereichsbeschränkung deutscher Straftatbestände auf inländische Rechtsgüter	101
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	103
C.	EUROPÄISCHES STRAFRECHT	
§ 7	Grundlagen und Grundfragen eines Europäischen Strafrechts	105
I.	Bedeutung des Begriffs „Europäisches Strafrecht“	105
II.	Der Einfluss des Rechts der Europäischen Union auf das Strafrecht	106
1.	Die historische Entwicklung des Primärrechts	106
2.	Rechtssetzung vs. Rechtsangleichung	108
III.	Europäisches Strafrecht und Grundrechtsschutz	110
1.	Der Bestand an Unionsgrundrechten	110
2.	Die Prüfung der Unionsgrundrechte durch den EuGH	112
3.	Grundrechtsmaßstab für das Tätigwerden der Organe der Union	114
a)	Europarechtliche Sichtweise – die Position des EuGH	114
b)	Die Position des BVerfG	115
4.	Grundrechtsmaßstab für das Tätigwerden der mitgliedstaatlichen Organe	115
a)	Die (extensive) Position des EuGH	115
b)	Die differenzierende Position des BVerfG	116
aa)	Ursprüngliche Position	116
bb)	Neue Entwicklung	117
cc)	Ausblick	118
5.	Grundrechtlicher „ordre public“	118
a)	Anwendungsvorrang des Unionsrechts gegenüber nationalen Grundrechten?	119
b)	Europäischer <i>ordre public</i> , <i>va</i> bei der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen	120
c)	Nationaler <i>ordre public</i> – Die Bedeutung der nationalen Verfassungsidentität	121
aa)	Position des BVerfG	121
bb)	Position des EuGH	122
d)	Fazit	123
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	123

§ 8	Supranationales Europäisches Strafrecht	125
I.	Bestehende Sanktionen auf Unionsebene	125
1.	Die verschiedenen Arten von unionsrechtlichen Sanktionen	125
a)	Geldbußen	125
b)	Sonstige finanzielle Sanktionen	125
c)	Sonstige Rechtsverluste	126
2.	Zuordnung zum Strafrecht im weiteren Sinn	126
II.	Europäisches Kriminalstrafrecht	127
1.	Terminologisches	127
2.	Ansätze eines Europäischen Kriminalstrafrechts im geltenden Recht?	128
3.	Strafrechtssetzungskompetenz der EU	131
III.	Projekte für ein „Europäisches Strafrecht“	136
1.	<i>Corpus Juris</i> strafrechtlicher Regelungen zum Schutze der finanziellen Interessen der EU (<i>Corpus Juris</i> 2000)	136
2.	Grünbuch der Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der EG und zur Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	137
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	138
§ 9	Das nationale materielle Strafrecht unter der Einwirkung des Europarechts	140
I.	Allgemeines	140
1.	Strafrecht als nicht-unionsrechtsresistente Materie	140
2.	Besonderheiten des Kriminalstrafrechts	141
II.	Primärrechtliche Vorgaben für das nationale Strafrecht	143
1.	Unionsrecht als Obergrenze für nationales Strafrecht	144
a)	Unionsrechtswidrige Tatbestandsvoraussetzungen	145
b)	Unionsrechtswidrige Rechtsfolge	146
aa)	Unionsrechtswidrigkeit hinsichtlich der Sanktionshöhe	146
bb)	Unionsrechtswidrigkeit hinsichtlich der Sanktionsart	148
2.	Allgemeine Untergrenze für Strafrecht im Dienst der Union (Art. 4 III EUV)	149
a)	Die Konkretisierung durch das EuGH-Urteil „Griechischer Maisskandal“	149
b)	Primärrechtliche Festschreibung der Sanktionierungspflicht und Begrenzung durch die Verfassungsidentität der Mitgliedstaaten	151
aa)	Sanktionierungspflicht zum Schutz der finanziellen Interessen der EU (Betrugsbekämpfung)	151
bb)	Grenzen der Sanktionierungspflicht am Beispiel des italienischen Verjährungsrechts	152
cc)	Grenzen der Sanktionierungspflicht am Beispiel des bulgarischen Beweisrechts	153
c)	Sanktionierungspflicht als Ausfluss der primärrechtlichen Assimilierungspflicht	153
III.	Sekundärrechtliche Vorgaben für das nationale Strafrecht – insbesondere durch Richtlinien gem. Art. 83 AEUV	154
1.	Allgemeines und Systematik	154
2.	Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität (Art. 83 I AEUV)	154
a)	Veränderungen des Primärrechts gegenüber der ehemaligen dritten Säule	154
b)	Bisherige Rechtsakte zur Harmonisierung des materiellen Strafrechts	155

c) Voraussetzungen des Art. 83 I AEUV	156
3. Annexkompetenz (Art. 83 II AEUV)	158
a) Annexcharakter der Kompetenzvorschrift	158
b) Rechtsstand vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	159
c) Voraussetzungen des Art. 83 II AEUV	160
d) Die Richtlinie 2017/1371/EU – „PIF-Richtlinie“	161
4. Kompetenz zur Mindestharmonisierung	162
a) Harmonisierung auf der Tatbestandsseite	162
b) Harmonisierung auf der Rechtsfolgenseite	164
5. Die Notbremsenregelung in Art. 83 III AEUV	165
a) Grundgedanke und Verfahren	165
b) Inhaltliche Anforderungen	166
6. Harmonisierungskompetenzen außerhalb des Art. 83 AEUV	167
a) Kompetenzgrundlagen	167
b) Analoge Anwendung der „Notbremse“	169
7. Exkurs: Ein Konzept für eine europäische Kriminalpolitik	170
a) Hintergrund	170
b) Die einzelnen Prinzipien für eine europäische Kriminalpolitik	171
IV. Einbeziehung europarechtlicher Normen durch Verweisungen in nationalen Strafvorschriften	172
1. Einführung	172
a) Verhaltensvorschriften in Richtlinien	172
b) Verhaltensvorschriften in Verordnungen	173
2. Problematik der Blankettstrafgesetzgebung mit EU-Bezug	173
a) Wirkung der Verweisung und Auslegungsproblematik	174
b) Konflikt mit dem Bestimmtheitsgrundsatz	175
aa) Allgemeine Bestimmtheitsanforderungen	176
bb) Besonderheiten bei Verweisungen auf EU-Recht	177
cc) Rückverweisungsklauseln in nationalen Verordnungen	179
dd) Strafbarkeitslücken und <i>lex mitior</i>	180
V. Beachtung des EU-Rechts bei der Anwendung nationalen Strafrechts	184
1. Einführung	184
2. Neutralisierungswirkung	184
a) Echte Kollisionen auf Tatbestandsseite	185
b) Echte Kollisionen auf Straffolgenseite	188
c) Nur scheinbare Kollisionen mit Unionsrecht	188
3. Unionsrechtskonforme Auslegung	190
a) Allgemeines	190
b) Unionsrechtskonforme Auslegung und Strafrecht	191
c) Anwendungsbeispiele	193
aa) Schutz von EU-Rechtsgütern durch extensive unionsrechtskonforme Auslegung nationaler Straftatbestände	193
bb) Richtlinienkonforme Auslegung und begriffliche Akzessorietät einzelner Tatbestandsmerkmale	195
cc) Fahrlässigkeitsdelikte	197
dd) Strafzumessung	199
4. Die Bedeutung von Rahmenbeschlüssen für die Strafrechtsanwendung	201
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	202

§ 10 Strafverfolgung in Europa	205
I. Strafverfolgungsinstitutionen auf EU-Ebene	205
1. Europol	205
2. Eurojust	209
3. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	211
4. Die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft	213
a) Vorgeschichte und primärrechtliche Grundlage	213
b) Die Verordnung zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft	213
c) Abweichung zu ursprünglichen Entwürfen	216
5. Zusammenwirken der EU-Strafverfolgungsinstitutionen nach den Grundsätzen der effektiven und loyalen Zusammenarbeit	217
II. Die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen auf der Grundlage des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung	219
1. Allgemeines: Das Prinzip	219
a) Hintergründe und Charakterisierung als „waiver concept“	219
b) <i>Ordre-public</i> -Vorbehalt?	221
aa) Die Rspr. des EuGH zu weitergehenden Beschränkungen aus grund- und menschenrechtlichen Erwägungen	221
bb) Neue Entwicklung in der EuGH-Rspr. bzgl. der Anerkennung nationaler Verfassungsidentitäten mit potenziellem Einfluss auf die bisherige Ablehnung eines nationalen <i>ordre public</i>	222
cc) Ansätze des EuGH für eine Anerkennung eines europäischen <i>ordre public</i> im Kontext der justiziellen Zusammenarbeit im Strafrecht	223
dd) Parallele Ansätze für eine Anerkennung eines deutschen <i>Ordre-public</i> -Vorbehalts durch das BVerfG	224
2. Die Kodifizierung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung in Art. 82 AEUV	225
a) Anwendungsbereiche	225
b) Abgrenzung zur Rechtsangleichung gem. Art. 82 II AEUV	225
3. Rechtsakte auf der Grundlage des Anerkennungsprinzips	226
a) Der Europäische Haftbefehl	226
aa) Der Rahmenbeschluss	226
bb) Die Umsetzung des Rahmenbeschlusses in Deutschland und dabei auftretende Probleme	228
(1) Verfassungswidrigkeit des (ersten) Umsetzungsgesetzes	228
(2) Zweites Umsetzungsgesetz mit Schwächen	229
(3) Staatsanwaltschaft in Deutschland nicht zur Ausstellung berechtigt	230
cc) Die Umsetzung des Rahmenbeschlusses in anderen Mitgliedstaaten	231
b) Europäische Überwachungsanordnung	233
c) Rechtshilfe in Bezug auf Beweismittel, insbesondere die Europäische Ermittlungsanordnung	234
d) Vollstreckungshilfe in Bezug auf Sanktionsentscheidungen	237
4. Das Verbot der Doppelbestrafung (<i>ne bis in idem</i>)	238
a) Grundsätzlich rechtsordnungsinterne Bedeutung von <i>ne bis in idem</i>	239

b)	Sanktionen in mehreren Mitgliedstaaten wegen derselben Tat	240
aa)	Notwendigkeit und Ausgestaltung eines europaweiten <i>Ne-bis-in-idem</i> -Grundsatzes	240
bb)	Das Verhältnis von Art. 54 SDÜ zu Art. 50 GRC	242
c)	Voraussetzungen und einheitliche Handhabung des Art. 54 SDÜ	244
aa)	„Rechtskräftige Aburteilung“	245
(1)	Merkmal der Aburteilung	245
(2)	Die strafrechtliche Natur der Sanktion bzw. des Verfahrens	247
(3)	Anforderungen an die Rechtskraft der Erstentscheidung	248
bb)	„Dieselbe Tat“	250
cc)	Vollstreckungselement	251
dd)	Das Verbot der Doppelbestrafung als Vollstreckungshindernis eines Europäischen Haftbefehls	253
d)	Rechtsbehelf zur Feststellung des transnationalen Strafklageverbrauchs	254
III.	Informationsaustausch, insbesondere der Grundsatz der Verfügbarkeit	257
IV.	Rechtsangleichung im Bereich des Strafverfahrensrechts	259
1.	Anwendungsbereiche	259
a)	Zulässigkeit von Beweismitteln (lit. a)	259
b)	Rechte des Einzelnen (lit. b)	260
aa)	Beschuldigtenrechte und rechtspolitische Agenda	260
bb)	Herausforderungen für nationales Prozessrecht durch unmittelbar wirkende Richtlinien	262
cc)	Schaffung prozessualer Mindeststandards	263
dd)	Zeugenschutz?	263
c)	Rechte der Opfer (lit. c)	263
d)	Sonstige spezifische Aspekte des Strafverfahrens (lit. d)	264
2.	Notbremse	265
V.	Exkurs: Manifest zum Europäischen Strafverfahrensrecht	265
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	266
§ 11	Die Europäische Menschenrechtskonvention	268
I.	Der Europarat	268
1.	Der Europarat als internationale Organisation	268
2.	Die für das Strafrecht relevanten Tätigkeiten des Europarats	269
II.	Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	269
1.	Die EMRK in den verschiedenen Rechtsordnungen	270
a)	Das Günstigkeitsprinzip als Ausgangspunkt	270
b)	Die Bedeutung für das nationale, insbesondere deutsche Recht	271
c)	Die Bedeutung der EMRK für das EU-Recht	273
aa)	Der Beitritt der EU zur EMRK	273
bb)	Die EU-Grundrechtecharta und Art. 6 III EUV	274
cc)	Verhältnis EuGH und EGMR	275
2.	Die Auslegung der EMRK in den Mitgliedstaaten und durch den EGMR	276
3.	Straf(verfahrens)rechtliche Garantien	277
a)	Allgemeines zu den Garantien der EMRK	277
aa)	Subsidiärer Grundrechtsschutz	277
bb)	Berechtigte und Verpflichtete	278

b) Die strafrechtlich relevanten Garantien der EMRK und ihre Prüfung	279
c) Recht auf Leben – Art. 2 I EMRK	280
d) Folterverbot, Verbot erniedrigender Strafe – Art. 3 EMRK	284
aa) Schutzbereichsbestimmung und absolutes Folterverbot	284
bb) Konstellation 1: Androhung von Folter	286
cc) Konstellation 2: Medizinische Eingriffe an Festgenommenen/ Häftlingen	288
dd) Konstellation 3: Abschiebung und Auslieferung	290
ee) Prozessuale Auswirkungen einer Verletzung des Art. 3 EMRK	291
ff) Anforderungen an die Feststellung einer Verletzung des Art. 3 EMRK im Prozess	292
e) Bedingungen eines Freiheitsentzugs – Art. 5 EMRK	293
f) Recht auf ein faires Verfahren – Art. 6 I, III EMRK	299
aa) Schutzbereich	299
bb) Anforderungen an das Gericht und das gerichtliche Verfahren	300
cc) Anforderungen an ein faires Verfahren (Art. 6 I, III)	303
dd) Problem: Faires Verfahren und polizeiliche Lockspitzel	311
ee) Problem: Verständigung im Strafverfahren und Fairness	312
g) Unschuldsvermutung – Art. 6 II EMRK	313
h) Gesetzlichkeitsprinzip (<i>nullum crimen, nulla poena sine lege</i> ; Rückwirkungsverbot) – Art. 7 EMRK	313
aa) Schutzbereich	314
bb) Bestimmtheitsgebot	315
cc) Analogieverbot	316
dd) Rückwirkungsverbot	316
i) Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens – Art. 8 EMRK	319
j) Rechtsmittel in Strafsachen – Art. 2 I des 7. Zusatzprotokolls	321
k) <i>Ne bis in idem</i> – Art. 4 I des 7. Zusatzprotokolls	321
l) Begrenzung der Rechtseinschränkungen / Verhinderung von Machtmissbrauch – Art. 18 EMRK	322
4. Verfahrensrecht und Organe	323
a) Der EGMR als Organ der Konvention	323
b) Individual- und Staatenbeschwerde	324
c) Urteilsart (Feststellungsurteil <i>inter partes</i>)	325
d) Wirkung der Urteile in den Mitgliedstaaten	325
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	327

D. VÖLKERSTRAFRECHT

§ 12 Grundlagen des Völkerstrafrechts	329
I. Der Begriff des Völkerstrafrechts	329
II. Durchsetzung des völkerrechtlichen Strafanspruchs	331
III. Völkerstrafrecht und völkerrechtliches Deliktsrecht	334
IV. Völkerrechtsbasiertes Strafrecht – die sog. <i>treaty crimes</i>	334
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	335

§ 13 Historische Entwicklung des Völkerstrafrechts	337
I. Entwicklung bis 1919	337
II. Versailles und die Leipziger Kriegsverbrecherprozesse	338
1. Der Versailler Friedensvertrag	338
2. Die Leipziger Kriegsverbrecherprozesse	339
III. Der Militärgerichtshof von Nürnberg	339
1. Struktur des Internationalen Militärgerichtshofs (IMG)	340
a) Zuständigkeit	340
b) Zusammensetzung und Aufbau des Tribunals	340
2. Verfahrensrecht	340
3. Urteil	341
4. Kritik an den Nürnberger Prozessen	341
5. Fazit	342
IV. Der Internationale Militärgerichtshof von Tokio (IMGFO)	342
V. Kalter Krieg und „Wende“	343
VI. Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)	344
1. Struktur des Tribunals	345
a) Zuständigkeit	345
b) Zusammensetzung und Aufbau des Tribunals	346
c) Rechtsfolgen	346
2. Überblick über die vom ICTY anzuwendenden Straftatbestände	346
3. Rechtliche Zulässigkeit des Tribunals	347
VII. Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR)	348
VIII. Hybride Gerichte	349
IX. Aktuelle Entwicklung: Der Ökozid als neuer Straftatbestand im Völkerstrafrecht zum globalen Umwelt- und Klimaschutz?	351
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	352
§ 14 Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH)	354
I. Struktur des Statuts	355
II. Funktion des Gerichts	355
III. Zuständigkeit	356
1. Persönliche Zuständigkeit	356
2. Sachliche Zuständigkeit	356
3. Örtliche Zuständigkeit bzw. Anknüpfungspunkt	357
4. Zeitliche Zuständigkeit	358
IV. Auslösung des Tätigwerdens des Gerichts (<i>trigger mechanisms</i>)	358
1. Staatenbeschwerde	359
2. Eigenständige Ermittlungen des Chefanklägers	361
3. Beschluss des UN-Sicherheitsrats	363
V. Grundsatz der Komplementarität	366
VI. Institutionelles	369
1. Die Richter	370
2. Die Kanzlei	370
3. Der Ankläger	370
4. Finanzierung	371
VII. Verfahren	371
1. Ermittlungsverfahren	371

2. Zwischenverfahren	372
3. Hauptverfahren	373
4. Rechtsmittel (<i>appeal</i>) und Wiederaufnahme (<i>revision</i>)	373
5. Insbesondere: Opferrechte	374
6. Fazit	375
VIII. Strafen und deren Vollstreckung	376
IX. Verjährung und Rechtskraft	376
X. Rechtspolitische Bewertung	377
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	380
§ 15 Der Allgemeine Teil des Völkerstrafrechts	382
I. Anwendbares Recht	382
1. Allgemeine Rechtsquellen des Völkerrechts	382
2. Besondere Rechtsquellen des Völkerstrafrechts	383
II. Auslegungsregeln und der Grundsatz <i>nullum crimen, nulla poena sine lege</i>	385
1. Völkerrechtliche Auslegungsregeln	385
2. Auslegung im Völkerstrafrecht	386
III. Individuelle Verantwortlichkeit	388
IV. Die Struktur der Völkerstraftat	388
1. Allgemeine objektive Deliktsmerkmale	389
2. Allgemeine subjektive Deliktsmerkmale	391
3. Straffreistellungsgründe	395
a) Notwehr	395
b) Notstand	396
c) Handeln auf Befehl	398
d) Irrtümer	398
e) Unzurechnungsfähigkeit	400
f) Immunitäten	400
g) Verjährung	402
h) Ungeschriebene Straffreistellungsgründe	402
V. Täterschaft und Teilnahme	402
1. Täterschaft	404
a) Unmittelbare Täterschaft	404
b) Mittäterschaft	404
c) Mittäterschaft durch <i>Joint Criminal Enterprise</i> ?	404
d) Mittelbare Täterschaft	407
2. Teilnahme	408
a) Anstiftung	408
b) Unterstützung	409
c) Unterstützung eines Gruppenverbrechens	410
VI. Vorgesetztenverantwortlichkeit	411
VII. Versuch und Rücktritt	413
VIII. Unterlassen	415
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	415
§ 16 Der Besondere Teil des Völkerstrafrechts	417
I. Völkermord	417
1. Entwicklung	417

2. Geschütztes Rechtsgut	418
3. Systematik des Tatbestands	419
4. Allgemeine objektive Voraussetzungen	419
5. Allgemeine subjektive Voraussetzungen	421
6. Die einzelnen Völkermordhandlungen	423
a) Tötung	423
b) Verursachung von schwerem körperlichen oder seelischen Schaden	423
c) Auferlegung von Lebensbedingungen, die geeignet sind, die körperliche Zerstörung herbeizuführen	424
d) Geburtenverhinderung	425
e) Gewaltsame Überführung von Kindern	425
II. Verbrechen gegen die Menschlichkeit	426
1. Entwicklung	426
2. Geschütztes Rechtsgut	429
3. Systematik des Tatbestands	429
4. Objektive Voraussetzung der Gesamttat	429
5. Subjektive Voraussetzung hinsichtlich der Gesamttat	432
6. Voraussetzungen der Einzeltaten	432
a) Vorsätzliche Tötung	432
b) Ausrottung	433
c) Versklavung	433
d) Vertreibung oder zwangsweise Überführung der Bevölkerung	433
e) Freiheitsentzug oder sonstige schwerwiegende Beraubung der körperlichen Freiheit unter Verstoß gegen die Grundregeln des Völkerrechts	434
f) Folter	434
g) Sexuelle Gewalt	434
h) Verfolgung	435
i) Verschwindenlassen von Personen	435
j) Apartheid	436
k) Andere unmenschliche Handlungen ähnlicher Art	436
III. Kriegsverbrechen	437
1. Entwicklung	437
2. Geschütztes Rechtsgut	439
3. Systematik des Tatbestands	439
4. Objektive Voraussetzung eines bewaffneten Konflikts	440
5. Subjektive Voraussetzung hinsichtlich des bewaffneten Konflikts	442
6. Tathandlungen der Einzeltaten	442
a) Objektive und subjektive Elemente	442
b) Tathandlungsgruppe 1 bzgl. internationaler bewaffneter Konflikte: Schwere Verletzungen der Genfer Konventionen von 1949 (Art. 8 II lit. a IStGH-Statut)	442
c) Tathandlungsgruppe 2 bzgl. internationaler bewaffneter Konflikte: Andere schwere Verstöße gegen die Gesetze und Gebräuche, die in bewaffneten internationalen Konflikten Anwendung finden (Art. 8 II lit. b IStGH-Statut)	443

d) Tathandlungsgruppe 1 bzgl. nichtinternationaler bewaffneter Konflikte: Schwere Verstöße gegen den gemeinsamen Art. 3 der Genfer Konventionen von 1949 (Art. 8 II lit. c IStGH-Statut)	445
e) Tathandlungsgruppe 2 bzgl. nichtinternationaler bewaffneter Konflikte: Andere schwere Verstöße gegen die Gesetze und Gebräuche, die in bewaffneten internen Konflikten Anwendung finden (Art. 8 II lit. e IStGH-Statut)	445
IV. Aggression	446
1. Das Verbrechen der Aggression nach Völkergewohnheitsrecht	446
2. Das Verbrechen der Aggression im IStGH-Statut	447
a) Tatbestand	448
b) Zuständigkeit / <i>trigger mechanisms</i>	449
c) Inkrafttreten	450
d) Fazit	451
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	451
§ 17 Das Völkerstrafrecht und seine Umsetzung in das deutsche Recht	453
I. IStGH-Statutsgesetz	453
II. Änderung des Art. 16 II GG aF.	453
III. Ausführungsgesetz zum IStGH-Statut (IStGHG)	454
IV. Völkerstrafgesetzbuch	454
1. Gesetzgeberisches Motiv	454
a) Defizite des deutschen Strafrechts vor Inkrafttreten des VStGB	455
b) Keine unmittelbare Anwendbarkeit der völkergewohnheitsrechtlich begründeten Verbrechenstatbestände	456
c) Keine unmittelbare Anwendbarkeit der Verbrechenstatbestände des IStGH-Statuts durch Erlass des IStGH-Statutsgesetzes	456
2. Inhalt des VStGB	456
3. Das VStGB im Spannungsfeld zwischen Komplementaritätsprinzip und Grundgesetz	458
a) Zurückbleiben des VStGB hinter dem Rom-Statut	459
aa) Allgemeiner Teil des VStGB	459
bb) Besonderer Teil des VStGB	461
b) Konflikt mit Art. 103 II GG	462
aa) Ausfüllungsbedürftige Tatbestandsmerkmale	463
bb) Verweis auf Völkergewohnheitsrecht	464
cc) Verweis auf völkerrechtliche Verträge	465
4. Uneingeschränktes Weltrechtsprinzip als Ausdehnung des Strafanwendungsrechts	466
5. Fazit und bisherige Anwendungspraxis	468
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	470
Anhang	472
Literaturverzeichnis	487
Stichwortverzeichnis	503

Abkürzungsverzeichnis

aA	andere Ansicht
ABl.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl.EU	Amtsblatt der Europäischen Union
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
AC	Appeals Chamber
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
aE	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	alte Fassung
AJIL	American Journal of International Law
AK	Alternativkommentar
AMG	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln
AJCL	American Journal of Comparative Law
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AnwK	Anwaltskommentar StGB
AO	Abgabenordnung
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich(e)
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
Az.	Aktenzeichen
BAK	Blutalkoholkonzentration
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
Beschl.	Beschluss
Bespr.	Besprechung
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
Bsp.	Beispiel(e)
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache

BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CEN	Comité Européen de Normalisation
CENELEC	Comité Européen de Normalisation Electronique
CMLR	Common Market Law Review
CR	Computer und Recht
CLF	Criminal Law Forum
CLR	Criminal Law Review
DAV	Deutscher Anwaltsverein
ders.	derselbe
dh	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DIN	Deutsches Institut für Normung
DJ	Deutsche Justiz
DJCIL	Duke Journal of Comparative & International Law
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
dt.	deutsch(e/er/es)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
E 1962	Entwurf eines Strafgesetzbuchs aus dem Jahr 1962
EAG	Europäische Atomgemeinschaft (Euratom)
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)
ECCC	Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia
ECRL	E-Commerce-Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft
EEA-Richtlinie	Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EJCCLCJ	European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice
EJIL	European Journal of International Law
ELR	European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
Entsch.	Entscheidung
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuAIÜbk	Europäisches Auslieferungsübereinkommen
EUBestG	EU-Bestechungsgesetz

EuCLR	European Criminal Law Review
EuConst	European Constitutional Law Review
EUFinSchStG	EU-Finanzschutzstärkungsgesetz
EuG	Gericht der Europäischen Union (früher: Gericht erster Instanz)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuHbG	Europäisches Haftbefehlsgesetz
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuRat	Satzung des Europarats
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft (EAG)
Europol	Europäisches Polizeiamt
EuropolG	Europol-Gesetz
EuropolÜ	Europol-Übereinkommen
Europol-VO	Verordnung über das Europäische Polizeiamt
EuStA	Europäische Staatsanwaltschaft
EuStA-VO	Verordnung über die Europäische Staatsanwaltschaft
EUV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EV	Vertrag über eine Verfassung für Europa
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
f. / ff.	folgende / fortfolgende
FGO	Finanzgerichtsordnung
FIS	Fédération Internationale de Ski (Internationaler Ski-Verband)
FischEtikettG	Fischetikettierungsgesetz
Fn.	Fußnote
Fordham Int.L.J.	Fordham International Law Journal
f. pl.	feminin plural (grammatisches Geschlecht)
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GBA	Generalbundesanwalt(schaft)
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GiftstoffVO	Giftstoffverordnung
GLJ	German Law Journal
GmbHR	GmbH-Rundschau
GoJIL	Goettingen Journal of International Law
GRC	EU-Grundrechtecharta
grds.	grundsätzlich
GS	Gedächtnisschrift
GYIL	German Yearbook of International Law
Harvard Int.L.J.	Harvard International Law Journal
HK	Handkommentar

hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
HRRS	Online-Zeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht (Volltextabruf unter http://www.hrr-strafrecht.de [Stand 2/22])
Hrsg.	Herausgeber
hrsgg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HuV-I	Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften
ICJ-Rep	International Court of Justice Reports
ICL	Vienna Journal on International Constitutional Law
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
ICLR	International Criminal Law Review
ICTR	International Criminal Tribunal for Rwanda (Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda)
ICTY	International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia (Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien)
idF	in der Fassung
idR	in der Regel
iErg	im Ergebnis
ieS	im engeren Sinn
IGH	Internationaler Gerichtshof
IJHR	International Journal of Human Rights
ILC	International Law Commission
ILR	International Law Reports
IMG	Internationaler Militärgerichtshof (Nürnberger Internationaler Strafgerichtshof)
IMGFO	Internationaler Militärgerichtshof für den Fernen Osten
indiv.	individuell(e/er/es)
inkl.	inklusive
insbes.	insbesondere
int.	international(e/er/es)
IntBestG	Gesetz zur Bekämpfung der internationalen Bestechung
IntVG	Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Integrationsverantwortungsgesetz)
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPR	Internationales Privatrecht
iRd	im Rahmen des/der
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
iSd	im Sinne des/der
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
IStGHG	Ausführungsgesetz zum IStGH-Statut
iS	im Sinne
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit

J. East. Afr. S.	Journal of Eastern African Studies
JA	Juristische Arbeitsblätter
JCE	Joint Criminal Enterprise
JCP	Juris-Classeur Périodique
JECL	Journal of European Criminal Law
JHR	Northwestern University Journal of International Human Rights
JICJ	Journal of International Criminal Justice
JK	Jura-Karteikarte
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JVA	Justizvollzugsanstalt
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht
KOM	Dokument der Kommission
krit.	kritisch
KritJ	Kritische Justiz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LFGB	Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch
LG	Landgericht
lit.	litera (Buchstabe)
LJIL	Leiden Journal of International Law
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
L/R	Löwe/Rosenberg, Kommentar zur Strafprozessordnung
Ls.	Leitsatz
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
m.	mit
mAnm	mit Anmerkung
mBespr	mit Besprechung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht
MICT	Mechanism for International Criminal Tribunals
Mio.	Million(en)
MJECL	Maastricht Journal for European and Comparative Law
MK	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
MMR	Multimedia und Recht
mph	miles per hour
m. pl.	maskulin plural (grammatisches Geschlecht)
M/R	Matt/Renzikowski, Strafgesetzbuch, Kommentar
mwN	mit weiteren Nachweisen
nat.	national(e/er/es)
nF	neue Fassung

NGO	Non-Governmental Organisation
NILR	Netherlands International Law Review
NJ	Neue Justiz
NJECL	New Journal of European Criminal Law
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Nomos Kommentar zum Strafgesetzbuch
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
NZWSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
oÄ	oder Ähnliches
o.g.	oben genannt(e/er/es)
OLG	Oberlandesgericht
ORIL	Oxford Reports on International Law
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
ÖAnwBl	Österreichisches Anwaltsblatt
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PIF	Protection des Intérêts Financiers (Schutz der finanziellen Interessen [der Europäischen Union])
PIF-Richtlinie	Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PTC	Pre-Trial Chamber (Vorverfahrenskammer beim Internationalen Strafgerichtshof)
RB	Rahmenbeschluss
RbEBA	Rahmenbeschluss über die Europäische Beweisanordnung zur Erlangung von Sachen, Schriftstücken und Daten zur Verwendung in Strafsachen
RbEuHb	Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RiFLEtikettG	Rindfleischetikettierungsgesetz
RJD	Reports of Judgments and Decisions (Sammlung der Entscheidungen des EGMR)
RL	Richtlinie
RMC	Revue du Marché Commun
Rn.	Randnummer(n)
Rs.	Rechtssache(n)
Rspr.	Rechtsprechung
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
s.	siehe
S.	Seite(n) / Satz / Sätze

Abkürzungsverzeichnis

SCSL	Special Court for Sierra Leone
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
SEW	Sociaal-Economische Wetgeving
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SK	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannt(e/er/es)
SRÜ	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen
S/S	Schönke/Schröder, Kommentar zum Strafgesetzbuch
SSW-StGB	Satzger/Schluckebier/Widmaier, Kommentar zum Strafgesetzbuch
SSW-StPO	Satzger/Schluckebier/Widmaier, Kommentar zur Strafprozessordnung
st.	ständig(e/er/es)
StA	Staatsanwaltschaft
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
STL	Special Tribunal for Lebanon
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig
StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)
StrRG	Strafrechtsreformgesetz
StudZR-WissOn	Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft Heidelberg Wissenschaft Online (Volltextabruf unter https://www.studzr.de/wissson_le sen.php [Stand 2/22])
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung
s.u.	siehe unten
SZ	Süddeutsche Zeitung
TC	Trial Chamber
TDG	Teledienstegesetz
TJICL	Tulane Journal of International and Comparative Law
TMG	Telemediengesetz
teilw.	teilweise
u.	und
ua	unter anderem/und andere
UA	Unterabsatz
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNCIO	United Nations Conference on International Organisation
UNTS	United Nations Treaty Series
Urt.	Urteil
usw	und so weiter
uU	unter Umständen
v.	vom / von
va	vor allem

Var.	Variante(n)
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
VerfO	Verfahrensordnung
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
vs.	versus (gegen)
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
VStGBEG	Einführungsgesetz zum Völkerstrafgesetzbuch
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WCC	War Crimes Chamber (in Bosnien-Herzegowina)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung (Zeitschrift)
WStG	Wehrstrafgesetz
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb – Zeitschrift für deutsches und europäisches Wettbewerbsrecht
WÜD	Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention
YJIL	The Yale Journal of International Law
YLJ	The Yale Law Journal
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht zum Beispiel
zB	zum Beispiel
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
Ziff.	Ziffer(n)
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik (Volltextabruf unter http://www.zis-online.com [Stand 2/22])
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium (Volltextabruf unter http://www.zjs-online.com [Stand 2/22])
ZP	Zusatzprotokoll
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zusf.	zusammenfassend
zust.	zustimmend
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

A. EINFÜHRUNG

§ 1 Das Strafrecht im internationalen Kontext

Das Strafrecht wird vielfach, gerade auch in der Ausbildung, immer noch als primär nationales Fach verstanden. Nahezu selbstverständlich setzt man voraus, dass ein Sachverhalt in Deutschland spielt, alle Beteiligten Deutsche sind und keine Rechtsgüter im Ausland oder des Auslands berührt werden. Dass diese Vorstellung mit der Realität heute nur noch wenig gemein hat, wird sofort klar, wenn man etwa eine Zeitung aufschlägt oder die Nachrichtensendungen verfolgt: Die Rede ist dort von „Ausländerkriminalität“, organisierter Kriminalität auf internationaler Ebene (zB Drogenringe, Autoschieber, Einbruchsbanden), europaweiten Umsatzsteuerkartellen, internationalem Terrorismus, Internetkriminalität, Europäischen Haftbefehlen oder Betrugereien zulasten des Haushalts der Europäischen Union; sogar eine Europäische Staatsanwaltschaft wurde geschaffen. Seit Juli 2002 existiert zudem ein ständiger Internationaler Strafgerichtshof in Den Haag. Dieser „Weltstrafergerichtshof“ ist mit einer wachsenden Zahl von Verfahren befasst und hat bereits rechtlich wie tatsächlich bedeutsame Urteile gesprochen. Mit völkerrechtlichen Verbrechen befassen sich daneben auch sog. hybride Gerichte (z.B. in Kambodscha oder im Kosovo), die aus nationalen wie internationalen Richtern zusammengesetzt sind, sowie in zunehmendem Maße auch rein nationale Gerichte, wobei in Deutschland das Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) zur Anwendung kommt.

Allein hieraus wird ersichtlich, dass das Strafrecht sich mit zunehmender Globalisierung zu einem wahrlich internationalen Fach gewandelt hat. Dieser Tatsache will das vorliegende Lehrbuch Rechnung tragen.

Die Internationalisierung bedingt auch, dass für das Studium des Internationalen und Europäischen Strafrechts auf eine Vielzahl von Rechtstexten und Gerichtsentscheidungen verschiedener – internationaler wie nationaler – Gerichte zurückgegriffen werden muss, deren Abdruck – auch nur in Auszügen – den Umfang des Lehrbuches sprengen würde. Aus diesem Grund habe ich speziell für dieses Lehrbuch eine Internetseite eingerichtet, über die Sie auf einfache Weise den Zugang zu Rechtsakten, Gerichtsentscheidungen sowie sonstigen Dokumenten, die im Lehrbuch zitiert sind, erhalten.

Die Angaben dort werden regelmäßig aktualisiert. Die Internetadresse lautet:

<http://www.lehrbuch-satzger.de>